

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Umwandererzentralstelle Posen
Dienststelle Litzmannstadt

Abschrift.

ABSCHLUSSBERICHT ÜBER DIE AUSSIEDLUNGEN IM RAHMEN DER ANSETZUNG DER WOLHYNIEN-, GALIZIEN- UND CHOLMERDEUTSCHEN (2. NAHPLAN) IM REICHSGAU WARTHELAND. 1940.

I. 1. Nahplan.

Nach Wiedereingliederung der Ostgebiete mußten zunächst die polnische Intelligenz und die politisch führenden Polen als die Träger jeglichen Widerstandes gegen die deutsche Ordnung sowie ein Teil der Juden durch Abschiebung in das Generalgouvernement unschädlich gemacht werden. Diese Aufgabe wurde vom „Amt für Aussiedlung von Polen und Juden“ beim Höheren SS- und Polizeiführer im Rahmen des 1. Nahplanes erfüllt. Am 17. 12. 1939 waren 87.883 Polen und Juden in das Generalgouvernement abgeschoben. Der Westen des Warthegaus ist seit dieser Zeit judenfrei.

II. Zwischenplan.

Im ersten Viertel des Jahres 1940 wurden im Rahmen eines Zwischenplanes, der die Schaffung von Wohn- und Erwerbsmöglichkeiten für die in das Reich zurückgekehrten Baltendeutschen notwendig machte, 40.128 Polen in das Generalgouvernement verbracht. (Kreisweise Aufstellung über die Zahl der Aussiedlung bei den Aktionen zu I und II siehe Anlage 1).

III. Gründung der Umwandererzentralstelle und 2. Nahplan.

Durch Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 24. 4. 1940 wurde die Umwandererzentralstelle in Posen errichtet (Leiter: Der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Standartenführer Damzog), welche die Durchprüfung der polnischen Bevölkerung und die Erfassung der zur Eindeutschung in Frage kommenden polnischen Volkstumsangehörigen durchzuführen hat. Als erste Arbeit oblag ihr die Abwicklung des 2. Nahplanes, der zunächst die Aussiedlung von Polen für die Einsetzung der Wolhynien- und Galiziendeutschen, die sich bereits in den Lagern des Warthegaus und des Altreiches befanden, zum Ziele hatte. Auf Befehl des RFSS wurden ab August 1940 weiter die im Gebiete von Lublin und Chelm wohnenden Deutschen in die Grenzen des Deutschen Reiches rückgeführt. Die hierfür nötigen Aussiedlungen geschahen im gleichen 2. Nahplan.

Wurden die Balten- und die Wolhynien- und Galiziendeutschen über die Lager der Volksdeutschen Mittelstelle auf den Warthegau verteilt, so geschah die Ansetzung der Chelmerdeutschen in Form einer Tauschsiedlung. Sie wurden von ihren Höfen sofort auf die neuen Betriebe gebracht.

Die im Kreisverkehr nach Lublin zurückkehrenden Züge nahmen die ausgesiedelten Polen mit. Dabei wurde den Wünschen der Umsiedlungskommission in Lublin in

Bezug auf die Zusammensetzung der Polentransporte nach Zahl und Berufen Rechnung getragen. Dies war möglich, da in dem Abtransport der Polen die unten geschilderte Durchschleusung in Litzmannstadt eingefügt war.

Der Einsatz der gewerbetreibenden Umsiedler wurde von einem eigenen Ansiedlungsstabe durchgeführt, sodaß die Umwandererzentralstelle ab August 1940 den Anforderungen von 3 Ansiedlungsstäben gerecht werden mußte. (Wolhynien- und Galizienaktion – Chelmeraktion und gewerblicher Einsatz.) Für beide Aktionen genaue zahlenmäßige Aufstellungen über die im 2. Nahplan insgesamt ausgesiedelten Polen s. Anl. 1 und 2.

IV. Aufgaben der Umwandererzentralstelle.

Die Umwandererzentralstelle hat während der Ansetzung der Umsiedler im wesentlichen folgende Aufgaben:

- a) Schutz deutschen Blutes vor der Aussiedlung durch Überprüfung der von den SS-Arbeitsstäben zur Evakuierung vorgeschlagenen Hofbesitzer bzw. Gewerbetreibenden.
- b) Rückstellung von in kriegswichtigen Betrieben beschäftigten und am Aufbau des Warthegaues arbeitenden Polen.
- c) Vorbereitungen für die Aussiedlungen durch Erstellung aller notwendigen Evakuierungsunterlagen sowie durch enge Zusammenarbeit mit Landrat, Schutzpolizeibataillon, Gendarmerie und NSV.
- d) Überwachung der Aussiedlung.
- e) Abtransport der ausgesiedelten Polen aus den Kreisen in die Lager der Umwandererzentralstelle nach Litzmannstadt.
- f) Dort Erfassung – Registrierung – Verteilung – Lagerhaltung und Abtransport der Polen in das Generalgouvernement bzw. Altreich.
- g) Bis zu Gründung der Außenstelle Litzmannstadt des Rasse- und Siedlungshauptamtes am 1. 11. 1940 die Auslese der rassisch guten Polen, die im Altreich eingebürgert werden.

Zur Durchführung dieser Aufgaben wurden in den zur Besiedlung vorgesehenen Kreisen für die Dauer der Besiedlung Außenstellen der Umwandererzentralstelle errichtet. Da der Schwerpunkt der Arbeit in der Wolhynien und Galizienansiedlung im Osten des Gaues lag, wurde zur besseren Betreuung der Außenstellen sowie insbesondere zur Durchführung des gesamten Lagerbetriebes eine Dienststelle in Litzmannstadt errichtet, die sich als zweckmäßig erwiesen hat. Der Dienststelle in Litzmannstadt ist vom Reichssicherheitshauptamt ferner die Kontrolle der ordnungsmäßigen Abfertigung aller Polenzüge aus den Gauen Danzig-Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien übertragen worden.

Zu diesem Zweck werden sämtliche Transporte über Litzmannstadt geleitet. Eine zusätzliche Ausstattung der Züge in Litzmannstadt mit Lebensmitteln usw. findet in diesem Falle nicht statt.

V. Aufbau der Umwandererzentralstelle.

1.) Leiter der Umwandererzentralstelle mit Sachbearbeiter, Sitz Posen,

2.) Dienststelle Litzmannstadt mit

Ref. I: Organisation, Transportwesen, Kartei und Registratur,

Ref. II: Verwaltung,

Ref. III: Lagerinspektion mit 5 Lagern,

Ref. IV: RuS-Führer (seit 1. 11. 1940 selbstständige Dienststelle),

Ref. V: Überprüfung der Gesuche von angeblich zu Unrecht ausgesiedelten Polen.

Entscheidende Bearbeitung in Posen und Bearbeitung von vorbeugenden Gesuchen zu Vermeidung einer Aussiedlung,

Ref. VI: Ärztliche Betreuung der Lager,

Ref. VII: Polizeieinsatz – Fahndung.

3.) Die Außenstellen der Umwandererzentralstelle in verschiedenen Kreisstädten des Warthegaues.

VI. Darstellung der Arbeit der Umwandererzentralstelle während des 2. Nahplanes gegliedert nach den einzelnen Referaten.

1.) Ref. I: Dem Referat I obliegt die Organisation und die Personalbearbeitung, die Aufrechterhaltung der Verbindung zu Dienststellen und Behörden, das Transportwesen, die Statistik, die Führung der Zentralkartei und Registratur.

Besondere Anforderungen wurden dabei an die Transportabteilung gestellt. So gingen in mancher Woche bis zu 12 Transportzüge ab Litzmannstadt und es kamen 4-6 mit ausgesiedelten Polen beladene Züge in Litzmannstadt an. Außerdem wurden laufend mit Omnibussen und LKW ausgesiedelte Polen aus den benachbarten Kreisen eingebracht. Es gab Nächte, in denen 3 Transporte ankamen und durch Zugverspätung beinahe gleichzeitig 2 Transporte in das Generalgouvernement abgehen mußten. Da die ankommenden sowie die abfahrenden Polen bewacht werden müssen, stellten diese Nächte auch an die zur Bewachung abgestellten Hilfspolizeibeamten große Anforderungen. Durch die Unmengen von Gepäck, welches die Polen mitbrachten, wurde die Umwandererzentralstelle mit ihren 2 betriebsfähigen LKW oft vor unüberwindlich erscheinende Schwierigkeiten gestellt.

Die vorbildliche Zusammenarbeit mit der Reichsbahn muß besonders erwähnt werden. Bis auf einige unvermeidliche Zugverspätungen war die reibungslose Durchführung der Transporte innerhalb des Warthegaues sowie in das Generalgouvernement möglich. Die Abnahme der Polen von Seiten des Generalgouvernements ging reibungslos vonstatten.

Die Zentralkartei ermöglicht es jederzeit, die Zahl, die Herkunft, die Personalien und die Ausladestation der evakuierten Polen aufzuzeigen. Die Kartei wird in einer Ausfertigung den zuständigen Landräten und Oberbürgermeistern zugestellt, damit

diese über Zahl, Name und Verbleib der ausgesiedelten Polen informiert sind. Gleichzeitig werden dadurch Fahndungen auf ausgesiedelte Polen, welche unerlaubt in den Warthegau zurückkehren, erleichtert. Zusammen mit dem Fahndungsbuch wird eine genaue Übersicht über die ausgesiedelten und zur Aussiedlung vorgesehenen Polen erreicht.

2.) Ref. II: Die Verwaltung hat neben der eigenen Dienststelle noch 5 Lager mit einer Gesamtbelegschaft bis zu 8.000 Polen zu betreuen. Bei Gründung der Umwandererzentralstelle im April 1940 stand nur 1 PKW für die immer umfangreicher werdenden Dienstgeschäfte zur Verfügung. Diese fahrzeuglose Zeit ist nur durch die Findigkeit der SS-Führer in den Außenstellen, die sich immer wieder für Stunden einen Wagen borgen konnten oder soweit als möglich mit Fahrrädern die notwendigen Wege zurücklegten, überbrückt worden. Zur Zeit verfügt die Umwandererzentralstelle über 3 LKW, 1 Krankenwagen und soviel PKW, daß jeder Außenstelle ein Wagen zur Verfügung gestellt werden kann. Die Schwierigkeiten der Beschaffung von Lebensmitteln und dem notwendigen Heizmaterial für die Dienststellen und Durchgangslager der Umwandererzentralstelle, sowie das Vorsorgen von Material für notwendige bauliche Veränderungen sollen nur angedeutet werden.

3.) Ref. III: Die Lager der Umwandererzentralstelle, die rd. 8.000 Polen auf kürzere Zeit aufnehmen können, werden in einer Lagerinspektion zusammengefaßt. Die Inspektion sorgt für die bauliche Erhaltung und Verbesserung der Lager sowie die Unterbringung der Polen. Sie überwacht den sonstigen [...].

Die Lager der Umwandererzentralstelle sind sauber und luftig und können im Winter beheizt werden. Bewacht werden sie von Hilfspolizeibeamten, die bis auf kleine Ausfälle ihren Dienst gut versehen.

Die ankommenden Polen werden vorerst in ein Auffanglager gebracht, wo sie unter Umständen eine Nacht verbleiben. Hier erhalten sie warmen Kaffee. Die werden dann entlaust und in einem Durchgangslager durchschleust, es erfolgt die karteimäßige Erfassung, rassische Grobauslese, Auslese der arbeitsfähigen Wanderarbeiter und die Verteilung

- a) in das Transportlager zum Abtransport in das Generalgouvernement,
- b) in das Lager des Rasse- und Siedlungshauptamtes,
- c) an das Arbeitsamt.

Gleichzeitig werden die Transportlisten für den Abtransport in das Generalgouvernement erstellt. Bevor die Polen zur Erfassung kommen, findet eine körperliche Untersuchung unter Aufsicht eines Zollbeamten auf Edelmetalle – deutsches Geld – Devisen – Messer – Gift – Hamsterware usw. nach den devisenrechtlichen Bestimmungen statt. Das den Polen abgenommene Geld wird unter Gegenzeichnung des Polen listenmäßig erfaßt. Den Polen wird weiter der nur für den Warthegau gültige Einwohnererfassungsbogen abgenommen und auf alle den Polen verbleibenden persönlichen Ausweisen ein roter Stempel „evakuiert“ aufgedrückt. Damit wird eine unerlaubte Rückkehr in das Reichsgebiet erschwert. Im Durchgangslager befindet sich eine Stelle, welche die ausgesiedelten Polen nochmals hört, ob sie einen die Aussiedlung verhindernden Grund angeben können. Im Transportlager werden die Polen sofort waggonweise zusammengelegt. Am Tag

vor dem Abtransport in das Generalgouvernement, der möglichst ohne längeren Lageraufenthalt erfolgt, erhält jede Person 20,- Zl., die dem Familienoberhaupt ausbezahlt werden. Außerdem werden die Polen 12 kg Lebensmittel pro Kopf auf den Transport mitgegeben. Für Kranke, für Angehörige von erkrankten Polenkindern und diejenigen, welche behaupten, zu Unrecht ausgesiedelt worden zu sein, ist ein eigenes Lager vorgesehen. Hier bleiben sie solange, bis sie gesund bzw. bis eine Entscheidung über ihre Entlassung oder Abschiebung gefallen ist.

4.) Ref. IV: Das Referat IV – RuS-Führer – gehörte bis zum 1. 11. 1940 zur Umwandererzentralstelle. Durch Erlaß des Reichsführers-SS vom 1. 11. 1940 wurde dies Referat zur selbständigen Außenstelle des Rasse- und Siedlungshauptamtes und hat ein durch die Umwandererzentralstelle verschafftes Lager für die rassisch guten Familien. Die von TuS-Führern rassisch grob ausgelesenen Polen werden daher in Zukunft der RuS-Außenstelle überwiesen. Die dort bei der Schlußuntersuchung ausfallenden Polen werden der Umwandererzentralstelle zum Abtransport in das Generalgouvernement zurücküberstellt. Der Anteil der rassisch guten Polen hält sich derzeit auf rund 1 von Hundert. Die als eindeutschungsfähig erkannten Polen werden mit Fremdenpässen versehen. Sie werden im Altreich durch die zuständigen Höheren SS- und Polizeiführer, die Arbeitsämter und dem Reichsnährstand betreut und in Arbeit vermittelt.

5.) Ref. V: Von Polen bzw. von Verwandten der Polen, die im Altreich leben, laufen über die verschiedensten Stellen täglich bis zu 40 Gesuchen ein, in welchen um die Rückstellung von der Aussiedlung bzw. Rückführung auf den alten Besitz gebeten wird. Aus dem Kreise Ostrowo allein sind bisher 1.400 Gesuche um Nichtaussiedlung unter Berufung auf die frühere preußische Staatsangehörigkeit eingegangen, wie überhaupt die meisten Gesuche aus der ehemaligen Provinz Posen stammen. Berechtigte Vorbeugungsgesuche – Verwandte I. Grades als deutsche Staatsangehörige, II. Grades bei der Wehrmacht, Mischehen und Deutschstämmige – werden sofort karteimäßig erfaßt und den zuständigen Außenstellenleitern zugeleitet, die dann die Rückstellung von der Aussiedlung vornehmen. Gesuche um Rückführung aus dem Generalgouvernement sind bisher nur in etwa 20 Fällen berechtigt gewesen, wobei es sich zum großen Teil um Mitleidsfälle handelte, d.h. alte gebrechliche Personen wurden zurückgenommen, weil Angehörige im Reich sich zu Tragung sämtlicher Lebensunterhaltskosten für diese Personen verpflichteten.

6.) Ref. VI: Zur ärztlichen Überwachung der Lager steht der Umwandererzentralstelle ein SS-Arzt zur Verfügung. Zu seiner Hilfe hat er 4 polnische Ärzte und 6 polnische Pflegerinnen. In jedem Lager befindet sich eine gut eingerichtete Revierstube, in einem Lager außerdem eine zahnärztliche Station, wo in dringenden Fällen Hilfe geschaffen werden kann. Seit dem 1. 11. 1940 verfügt die Umwandererzentralstelle über einen eigenen Krankenwagen (Anlage 4 gibt über die Krankenstatistik des Jahres 1940 Aufschluß.).

7.) Ref. VII: Da es sich als notwendig und zweckmäßig erwiesen hat, die engste Verbindung mit den die Aussiedlung durchführenden Polizeibataillonen aufrecht zu erhalten, wurde von der Schutzpolizei während der Aussiedlungen ein Verbindungsoffizier mit einem Wachtmeister zur Umwandererzentralstelle<...> Besonders im Sommer 1940 haben sich viele Polen einer Umsiedlung durch Flucht entzogen. Es wurde deshalb die Herausgabe eines Fahndungsbuches notwendig, das nach Abschluß der Wolhynienaktion 18.500 Namen umfaßte. Bis jetzt konnten

durch Fahndung bereits 6.000 Polen gefaßt und in das Generalgouvernement abgeschoben werden.

Die Zusammenarbeit mit Polizei und Gendarmerie war hervorragend. Oft war es, im Sommer vor allem so, daß die Offiziere und Beamten von Mitternacht bis nachmittags um 18 Uhr evakuierten, um ohne Schlaf zur nächsten Aussiedlung in einem anderen Kreis weiterzufahren. Besondere Verdienste bei den Aussiedlungen haben sich die Polizei-Bataillone 44 und 161 erworben.

Die Außenstellen, welche grundsätzlich mit einem Führer, einem Mitarbeiter und einem Fahrer besetzt sein sollen, hatten stets an dem Sitze eines SS-Arbeitsstabes ihre Dienststelle. Wo die Arbeitsstäbe zu weit abseits lagen, war die UWZ-Außenstelle beim Landrat untergebracht. Die Außenstellen haben verantwortlich die Überprüfung aller von Arbeitsstabe erstellten Hofkarten von polnischen Betrieben bzw. Listen bei Stadtsiedlungen nach den geltenden Bestimmungen auf ihre Aussiedlungsfähigkeit vorzunehmen. Ist dies geschehen, wird zu dem vom Ansiedlungsstabe bestimmten Termin die Aussiedlung vorbereitet. Es werden Erhebungskarten und Umschläge geschrieben, Vermögensverzeichnisse und Verzeichnisse über Wertgegenstände zurechtgemacht. Grundsätzlich wird während der Evakuierung den Polen nichts abgenommen. Die Außenstellen kümmern sich um Unterkunft für die Polizei. Ebenso haben sie über die NSV, die ganz hervorragend gearbeitet hat, die Verpflegung für die Polizei sicherzustellen. Sie haben weiter bei der Reichsbahnzentrale in Posen entsprechende Transportmittel nach Litzmannstadt zu beantragen, wenn nicht ein rücklaufender Zug oder Omnibus, welche die Ansiedler brachten, benutzt werden konnten. Sie haben nach jeder Aussiedlung eine nochmalige Überprüfung vorzunehmen, um festzustellen ob nicht jemand mit ausgesiedelt wurde, der nicht dafür vorgesehen bzw. der nicht ausgesiedelt werden durfte.

Ebenso obliegt der Außenstelle die Abfertigung des Zuges und die Meldung nach Litzmannstadt, daß der Zug mit x Polen abgegangen ist, damit in Litzmannstadt alles für die Aufnahme vorbereitet werden kann. Die Überprüfung der bei den Außenstellen eingehenden Rückstellungsgesuche sowie die persönliche Vorsprache vieler Polen nimmt ebenfalls einen großen Teil der Zeit in Anspruch. Außerdem werden Karteien über sämtliche bearbeitete Überprüfungen geführt. Zur Ausrichtung und einheitlichen Auffassung aller die Umwandererzentralstelle betreffenden Fragen werden von Zeit zu Zeit Außenstellenleiterbesprechungen abgehalten.

Wenn allen Wünschen auf Aussiedlung, die von Landräten, Amtskommissaren und sonstigen Dienststellen, die an die Außenstellen gestellt wurden, hätten entsprochen werden müssen, wären wenigsten 70-80 neue Transportzüge notwendig geworden, die aber leider nicht zur Verfügung standen.

Gez. Krumej
SS-Obersturmbannführer

F.d.R.d.A.

Angestellte
(Unterschrift unleserlich)

Quelle: Institut für Zeitgeschichte, Mikrofilmarchiv, MA 225, Bild 2409604